



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Zum Streik in Nürnberg. — Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren in der preussischen Industrie. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen (Augsburg, Mannheim-Ludwigsbafen, Regensburg). — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Abrechnung. — Briefkasten. — Anzeige.

Beilage: Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das 1. Quartal 1909.

Zum Streik in Nürnberg.

Der Ausstand des Hilfspersonals bei der Schutzverbandsfirma Huber, Jordan u. Körner scheint durch das sinnlose Vorgehen der Geschäftsleitung größere Kreise zu ziehen, als ursprünglich angenommen werden konnte. Wir berichteten in voriger Nummer über die erfolgte Kündigung eines Teiles der Gehilfen und heute sind wir in der Lage mitzuteilen, daß nunmehr sämtlichen dort beschäftigten Gehilfen, also auch den Lithographen und Andrudern gekündigt wurde; hierbei entblüdete sich die Firma nicht, für die Kündigungsnotwendigkeit einen Grund anzugeben, der in seiner Absurdität und Gemeinheit seinesgleichen sucht, wie wir an anderer Stelle beweisen werden. Inzwischen ist unsere Meinung, daß solche Maßnahmen nicht die erhoffte Wirkung auf die Streikenden ausüben werden, vollauf bestätigt worden.

Das Hilfspersonal ließ sich bis jetzt in keiner Weise einschüchtern, aber beweisen ist, daß die Firma in ein Wespennest gestochen hat, was nicht nur ihr allein, sondern auch anderen Betrieben, wo ebenfalls nicht die rosigsten Zustände herrschen, sehr übel bekommen wird. Die graphische Arbeiterschaft Nürnbergs, die unter dem wirtschaftlichen Niedergang mehr als andernwärts zu leiden hat, ist durch das brutale Draufgängerum derer vom Schutzverband über Nacht aufgerüttelt worden. Durch die Verteuerung aller Lebensmittel, Mietssteigerungen und Steuererhöhungen ist die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen eine kaum noch zu ertragende geworden. Die schlechten Konjunkturbedingungen haben eine nie dagewesene Arbeitslosigkeit hervorgerufen — und diesen Zeitpunkt hatten die Unternehmer im graphischen Gewerbe Nürnbergs für geeignet, nicht nur allein jede angestrebte Verbesserung der Lage ihrer Arbeiterschaft schroff zurückzuweisen, sondern um das Maß voll zu machen, drohen sie in ungewohnter Weise noch Lohnreduzierungen an, wenn die Geschäftskonjunktur keine bessere wird. Dazu gesellen sich Zustände in den einzelnen Betrieben, die einfach unhaltbar geworden sind. Das Unternehmertum und seine gewissenlosen Stillsinger wetzeln darin, durch die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu zeigen, daß sie die Herren im Hause zu spielen verstehen. Für geringfügige Unterlassungssünden ein Strafsystem, das an Buchstabeninrichtungen erinnert, Maßregelungen von Verbandsfunktionären, eine Ausnützung

der menschlichen Arbeitskraft bis zum äußersten. Neben diesem duftenden Blumenstrauch wuchert in gemeingefährlicher Weise eine Behrlingswirtschaft und trotz Arbeitsmangel dennoch ein Ueberstunden- und Heimarbeitswesen und wie alle diese gefährlichen Gewächse sonst noch heißen.

Daß es bei solchen Mißständen nur eines kleinen Anstoßes bedarf, um den schon lange glimmenden Funken der Empörung zur Flamme aufzublauen zu lassen, muß sich jeder Einsichtige fragen. Aber wer wird von den Schutzverbändlern Einsicht erwarten? Da kann es bloß heißen: Wer nicht hören will, muß fühlen! Und fühlbar büßte den Herrschaften Nürnbergs beigebracht werden, daß die graphische Arbeiterschaft es satt hat, unter solchen unwürdigen Zuständen weiter zu frohnen. Lange genug hat man parlamentiert, manche Abweisung sich gefallen lassen. Nun ist es Zeit, andere Seiten aufzuziehen.

Dies haben auch die beteiligten Berufe erkannt und in einer großen öffentlichen Versammlung, die am 5. Juli stattfand, wurde zu der Situation Stellung genommen. Nach einem Referate des Steindruckers Oskar Nieß über „Unsere Berufsfrage im allgemeinen und die örtlichen Verhältnisse in den graphischen Berufen im besonderen“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in den lithographischen Anstalten beschäftigten gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von der allgemeinen Geschäftslage im Berufe. Sie bebauern lebhaft, daß eine große Anzahl Anstaltsbesitzer durch geschickte Manipulationen versucht, die Folgen der Krisis auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, sei es durch schlechte Behandlung oder Nichtaufbesserung der Löhne, abzuwälzen. Da die Arbeiter in keinem Betracht an diesen Zuständen schuld sind, vielmehr die Arbeitgeber selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran tragen, ist dieses Gebahren als gegen jeden Anstand verstößend zu beurteilen.“

Weiter bestreitet die Versammlung unter allen Umständen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung eingetreten ist. Wichtig ist nur, daß einige Anstalten Lohnerhöhungen vorgenommen haben, jedoch nicht freiwillig, sondern jeweils auf Vorstellung der Arbeiter selbst, oder aber, wenn die Organisationsleitungen Lohnerforderungen gestellt hatten.

Die gegenwärtige Lohnhöhe steht aber in keinem Verhältnis zu der überall teurer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen. Wir weisen daher in entschiedener Weise die etwas kühn gewagte Behauptung zurück, daß eine Erhöhung eingetreten ist. Sollte der Fachverein der Besitzer chromolithographischer Anstalten von Nürnberg-Nürth die, im Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer für Mittelranken angebrochte Lohnreduzierung wahr machen, sofern die ungünstige Geschäftskonjunktur anhält, so werden die Organisationsmittel und Wege finden, diese Absicht zu durchkreuzen.

Die Versammlung lenkt die Deffentlichkeit wie auch die Leitung der Unternehmervereini-

gung auf die unwürdigen Zustände in den einzelnen Kunstankalten hin. Berechtigte Klagen über nicht wiederzugebende Behandlungsmethoden einer Anzahl Vorgesetzter dem unterstellten gelerntem wie ungelerten Personal gegenüber sind in großer Anzahl den Organisationsleitungen unterbreitet worden. Sollte durch die kritische Behandlung der Fälle eine Wendung zur Besserung nicht eintreten, so behält sich die Versammlung eine spätere Stellungnahme ausdrücklich vor.

In der erfolgten Maßregelung von Verbandsfunktionären bei der Firma Wolfrum u. Hauptmann erblickt die Versammlung einen Versuch, die Organisationsleitungen zu schädigen. Sie ist aber auch der Ueberzeugung, daß zu diesem Vorgehen mehr der Oberlithograph als die Firmenträger die Triebfeder gewesen ist, denn die nachfolgenden Wiedereinstellungen von Arbeitskräften unter Umgehung unserer Verbandsfunktionäre zeigt deutlich, daß die Entlassung ein von langer Hand vorbereiteter Schachzug gewesen ist. Dadurch, daß der Schutzverband gewissermaßen in ein Vertragsverhältnis durch die 1906 getroffenen Vereinbarungen mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker getreten ist, muß die Versammlung jeder Schutzverbandsfirma das Recht abprechen, Verbandsfunktionäre, die nur in Erfüllung ihrer Pflicht gehandelt haben, einfach zu entlassen. Hätte die Firma die Abmachungen eingehalten, was sie nicht getan hat und auch heute noch nicht tut, so wäre ein Eingreifen unserer Funktionäre nicht nötig geworden, und nur deshalb wurden sie entlassen, nicht etwa wegen Arbeitsmangel.

In dieser wie auch in anderen Anstalten sind in letzter Zeit Einstellungen von Arbeitskräften erfolgt, bei denen ein Kündigungsverhältnis ausgeschlossen wurde. Gegen diese Art Geschäftsmaximen protestiert die Versammlung und fordert die Organisationsleitungen auf, unverzüglich auf die Gewährung einer gesetzlichen Kündigungsfrist hinzuwirken. Die kündigungslose Beschäftigungsweise hat keinen anderen Zweck, als den, die ürgsten Schäden der Krisis ohne Rücksicht auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Gegen diese ausgeprochene Rücksichtslosigkeit kann gar nicht scharf genug protestiert werden.

Die Versammlung fordert die Kollegen und Kolleginnen auf, das Ueberstunden- und Heimarbeitswesen möglichst einzuschränken, sofern die Versammlung nicht vorgehen sollte, den Organisationsleitungen den Auftrag zu erteilen, diese Schäden durch Verbot einfach aufzuheben. Es kann gar nicht genug den Kollegen und Kolleginnen gesagt werden, wie sie durch diese Unfälle dazu beitragen, die Arbeitsmöglichkeit vieler Arbeitslosen zu erschweren.

In einer Anzahl höherer Anstalten steht die Behrlingszahl in gar keinem Verhältnis zur Gehilfenzahl. Die Versammlung weist darauf hin, daß bestimmte Abmachungen aus dem Jahre 1906 vorliegen, die auch heute noch für Schutzverbandsfirmen Gültigkeit haben.

Die Versammlung erwarte von der zuständigen Stelle die entsprechende Beseitigung. Sollte in absehbarer Zeit eine Veränderung nicht Platz greifen, so werden die Organisationsleitungen beauftragt, zwecks weiterer Beschlußfassung eine neue Versammlung einzuberufen.

In dieser Resolution ist die Stimmung, welche z. B. unter den gewappten Arbeitern Münnbergs herrscht, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und aus ihr ist auch der ernste Wille zu erkennen, eine Veränderung der Lage unter allen Umständen herbeizuführen.

Ueber die direkten Ursachen und den bisherigen Verlauf des Ausstandes unserer Kollegen und Kolleginnen bei Huber, Jordan u. Körner gibt nachstehender Bericht über die außerordentliche Mitgliedsversammlung unserer Münnberger Zählstelle, die am 11. Juli stattfand, Aufschluß. Vorstehender Koll. Redling verglich eingangs seines Referates den jetzigen Stand der Bewegung mit der vor 3 Jahren. Damals war dieser Betrieb einer der bestorganisierten und es schien im Lauf der drei Jahre, als ob die Opfer, die wir damals gebracht haben, umsonst gewesen wären. Mühten doch unsere Mitglieder nach Beendigung der Ausrüstung die Arbeit bebingungslos aufnehmen, schon aus dem Grunde, damit die Drucker wieder beschäftigt werden konnten. Auch innere Streitigkeiten, von denen keine Organisation mit überwiegend weiblichem Rekrutierungsmaterial verschont bleibt, wirkten lähmend auf die Vertiefung und Ausbreitung des Organisationsgebantens, so daß, als wieder Ruhe und Frieden einkehrte, ein Teil wieder fahnenflüchtig wurde. Man brauchte die Organisation nicht mehr, denn jetzt gab's überall Arbeit. Daß die Lohnverhältnisse keine wesentlichen Verbesserungen erfuhrten, erhellt die Tatsache, daß der Durchschnittslohn für Arbeiterinnen nicht „konkurrenzpreisig“ ist, wie das schöne Wort lautet, sondern auch bei den Schleiferlöhnen ein Stillstand eingetreten ist, der nur nach heftigen Kämpfen mit Faktoren usw. eine Veränderung erfuhr, bis es den Kollegen gelang, eine Reichsmark mehr zu erklangen. Den Kolleginnen wurden 25 Pfennig zugelegt. Dann endlich, nachdem in allen übrigen Kunstankalten die Verhältnisse schon durch die ständige Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften bessere wurden, kam auch Leben in die Arbeiterinnen und sie erinnerten sich wieder, aufgerüttelt in Geschäftsversammlungen, ihrer Pflicht. Auch die drohende Gefahr des amerikanischen Zolltarifs, die die Entlassung einer Anzahl Drucker im Gefolge hatte, war nicht geeignet, große Hoffnungen zu wecken. Die Bewegung in 2 anderen Betrieben zwang uns, die Mitglieder mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang auf bessere Zeiten zu vertrösten. Ohne Erfolg, denn unsere dort beschäftigten Mitglieder weigerten sich eines Nachmittags, ohne die Verwaltung zu unterrichten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn nicht irgend welche Zulagen gegeben würden. Durch das Eingreifen der Organisation gelang es zwar, die Mitglieder wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, zumal der Prokurist glaubhaft versicherte, daß er in Abwesenheit des Chefs, der in den nächsten Tagen eintreffe, keine Zugeständnisse machen könne. Die Kollegen Redling und Simke wurden in den nächsten Tagen bei dem Inhaber der Firma, Herrn Kommerzienrat Körner, vorstellig, und es wurde nach Schilberung des amerikanischen Zolltarifschrecks usw. auch zugestanden, daß einzelne Personen zu kurz gekommen wären, aber das liege an ihnen selbst, weil sie nicht um Zulagen nachsuchten. Uebrigens wurde versichert, daß man an eine Durchsicht der Lohnlisten herantreten und die rückständigen Löhne — ein relativ sehr weitherziger Begriff — aufbessern wolle.

Gewichtig durch frühere Erfahrungen wurde unser gesundes Mißtrauen am nächsten Samstag noch dadurch bestätigt, daß nur an 4 Personen Zulagen in der Gesamthöhe von 450 Mk. gewährt wurden. Einer Anzahl Kolleginnen wurde versichert, daß ihnen zur Strafe für die Beteiligung an der Bewegung eine Zulage, die ihnen schon zugedacht war, wieder gestrichen wurde. Am nächsten Montag traten nur unsere Mitglieder, soweit sie ohne Kündigung waren, in Streik, während die übrigen Kollegen und Kolleginnen am nächsten Tag ihre Kündigung einreichten.

Als höfliche Leute teilten wir der Firma die

Proklamierung des Streiks schriftlich mit und bekamen auch die Bestätigung des Briefes mit der Antwort, daß es die Firma, wie bereits mündlich versichert wurde, ablehnen müsse, generelle Zulagen zu gewähren — eine Forderung, die nicht gestellt wurde, — sondern nach Maßgabe des Geschäftsganges und der einzelnen Arbeitsleistung Aufbesserungen erfolgen lasse. Das übliche Preisdiskriminierungsverfahren, bestehend in der Kündigung einer Anzahl Drucker wurde nun am nächsten Tag angewandt. Und nun hatte die Firma das Bedürfnis, als sie sah, daß die erste Kündigung nicht verding, sich in ihrer vollen Glorie zu zeigen. Hat sie vorher schon nach Polizei geschrien und auch ausgiebigen „Schuß“ in Form von Siftierungen und Beschlagnahmen unserer ausständigen Mitglieder erhalten, so sollte ihr ein Vorkommnis Gelegenheit geben, in der ordinärsten Weise die Streikenden zu verächtigen und die öffentliche Meinung zu düpiieren.

Einer der Streikbrecher — Streikbrecherinnen haben sich bis jetzt nicht gefunden — ließ sich eines Abends in einen Kaufhandel mit bis jetzt noch unbekanntem Kommodie ein und wurde durch einen Messerstecher verletzt. Am nächsten Tage brachte der Polizeibericht eine Notiz in alle Blätter mit der Ueberschrift „Messerstechende Streikende“, in dem erzählt wurde, daß ein Arbeitswilliger von fünf Streikenden verfolgt und gestochen wurde. Sofort angestellte Erkundigungen ergaben, daß überhaupt keiner der benannten Streikposten um jene Zeit den Platz vor dem Betriebe verlassen hat und die übrigen jeberzeit ihr Mißi durch Zeugen nachweisen können, folglich auch nicht an der einige hundert Meter vom Betriebe entfernten Schlägerei beteiligt sein konnten. Als dies dem Polizeihauptmann mitgeteilt wurde mit dem Ersuchen um eine Berichtigung erklärte er, daß die Mitteilung von der Firma kam und er keine Ursache habe, an dem Mitgeteilten zu zweifeln. Unser Münnberger Parteiorgan brachte eine Berichtigung sofort nach Klarstellung der Sachlage, jedoch die bürgerliche Presse hat es nicht notwendig, falsch angeschuldigten Arbeitern ihr Recht werden zu lassen.

Zu recht eigenartigen Vermutungen wird man aber verleitet, wenn man erfährt, wie die Firma dieses Vorkommnis a tempo für ihre schmutzigen Zwecke ausbeutet. Das zweite Kündigungsschreiben an die Lithographen und Andrucker hat folgenden Wortlaut:

„Durch Niederschlagen und Niederschleifern von arbeitswilligen Steinschleifern und den damit verbundenen Folgen ist es uns unmöglich gemacht, genügend Steine für die Lithographie und Handpressen herzubringen.“

Wir sehen uns daher gezwungen, auch diese Abteilungen unseres Betriebes vorläufig stillsetzen zu lassen und müssen Ihnen zu unserem Bedauern kündigen.

Ihr Austritt hat demnach am 21. Juli zu erfolgen.

Sollten sich bis dahin die Verhältnisse geklärt haben, so haben wir selbstverständlich die Kündigung wieder auf.

Hochachtung

Unterschrift der Firma.

Die Sache ist denn doch zu durchsichtig, um nicht erkennen zu lassen, daß die Firma in ihren Mötten auch versucht, gegen die Ausständigen sogar die öffentliche Meinung mobil zu machen. Daß sie auch hierbei die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat, werden ihr die Ausständigen und deren Organisation beweisen. Die Versammlung hat entsprechende Beschlüsse gefaßt und auch die Nichtschnur für die fernere Taktik festgelegt. Sie hat aber auch ausgesprochen, daß das Hilfspersonal eine andere Bewertung verdient als wie ihm von manchen Seiten beigemessen wird. Wir sind in der Lage, in zielbewußter Weise zu zeigen, daß auch von der ungelerten Arbeitskraft die Fortführung eines Betriebes abhängig ist. Die organisierte Hilfsarbeiterschaft Münnbergs hat den Streikenden ihre Sympathien ausgedrückt und wir können erwarten, daß auch die Gehilfen, die durch unsere Bewegung in Mitleidenschaft gezogen wurden, nicht wanzen werden. Unser Sieg ist auch ihr Sieg — unsere Niederlage wäre auch ihre Niederlage!

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahren in der preussischen Industrie.

Die Zahl der im Jahre 1908 in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre weist gegenüber dem Vorjahre eine wenn auch unwesentliche Abnahme auf. Es werden insgesamt 560 309 Arbeiterinnen gezählt, das sind, verglichen mit dem im Jahre 1907 Beschäftigten 2791 oder 0,49 Proz. weniger.

Die Zahl der in den gleichen Betrieben beschäftigten männlichen Personen über 16 Jahre hat demgegenüber eine Abnahme von 47 261 oder 2,08 Proz. erfahren. Es zeigt sich auch hier, daß unter den Folgen der Wirtschaftskrisen in erster Linie der männliche Arbeiter zu leiden hat, dessen Kraft häufig durch die billigere weibliche ersetzt wird.

Trotzdem kommen nur 8 der Gewerbeaufsichtsbeamten zur Bejahung der Frage, ob Arbeiter durch Arbeiterinnen verdrängt worden sind. Von einigen Beamten wird das Heranziehen von Arbeiterinnen anstelle der Männer dann nicht als eine Verdrängung der letzteren angesehen, wenn infolge Umwandlung des Produktionsprozesses durch Einführung von Maschinen und dadurch bedingter Teilarbeit die Tätigkeit der nun beschäftigten Arbeiterinnen eine etwas andere geworden ist, als früher die Männer ausgeübt haben. Diese Fälle sind häufig in der Metallbranche zu verzeichnen. Man wird aber auch dann von einer Verdrängung der Männer durch Frauen sprechen müssen, weil ja tatsächlich in bestimmten Zweigen der Warenproduktion die männliche Arbeitskraft durch die weibliche ersetzt worden ist. Daß die einzelnen notwendigen Tätigkeiten andere geworden sind, sich oftmals vereinfacht und erleichtert haben, spielt keine Rolle. Vereinzelt wird aber auch von einem Verdrängen der Frauen durch Männer berichtet, doch scheiden diese Fälle bei der Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse aus.

Wo Frauen anstelle von Männern beschäftigt wurden, geschah es in der Hauptsache aus Sparmaßnahmsrücksichten. So berichtet z. B. der Beamte des Magdeburger Bezirks, daß eine Schulfabrik nach Einführung von Maschinen, die nun durch Frauen bedient wurden, pro Woche und Person 12 Mk. Arbeitslohn sparte und eine Porzellanfabrik, in der anstelle einer Anzahl Dreher Arbeiterinnen gesetzt wurden, konnte eine Lohnersparnis von 25 bis 30 Proz. aufweise.

Als weiterer Grund für die Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft wird neben der Billigkeit auch die größere Gefügigkeit und geringere Widerstandskraft den Maßnahmen der Unternehmung gegenüber angegeben. Für die Arbeiterorganisationen müssen diese Bestätigungen Veranlassung sein, in Zukunft noch mehr als bisher auf die Gewinnung der Arbeiterinnen einschließlich der in der Heimarbeit tätigen hinzuwirken. Erst wenn diese Arbeiterkategorie für die Verbände gewonnen ist, wird es möglich sein, die jetzt stets als eine Folge der Heranziehung von Arbeiterinnen eintretenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Der Aufsichtsbeamte für Osnaabrück berichtet z. B., daß bei einem Streik in einer Gasmesserschleiferei die Arbeit der streikenden Lederbinder an Heimarbeiterinnen ausgegeben wurde, an die man seit der Zeit ständig die Arbeit abgibt. Daß in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur sich die Arbeiter einiger Bezirke der schwereren Metallindustrie zuwandten, in der sie besser entlohnt wurden als in der früheren Beschäftigung, ist verständlich. An ihre Stellen sind aus Mangel an genügenden männlichen Personen Frauen getreten, die auch, nachdem ein Ueberfluß an männlichen Arbeitskräften eingetreten war, ihre Plätze behielten haben.

Von einigen Unternehmen, so von Meiereien, Käseereien, Waschanstalten, wird berichtet, sie seien durch Verwendung von Motoren in ihren Betrieben in die Reihen der revisionspflichtigen Betriebe rangiert, wodurch ebenfalls die Zahl der weiblichen der Gewerbeaufsicht unterstehenden Personen sich vergrößert hat.

Daß die Frauenarbeit vor allen Dingen in der Zigarrenfabrikation und in der Metallindu-

strie, hier namentlich in den Elektrizitätswerken, trotz der schlechten Konjunktur stark zugenommen hat, liegt daran, daß sich gerade für diese Arbeit Arbeiterinnen wegen ihrer größeren Fingerfertigkeit besser eignen, als die Männer. Aber nicht immer wird die besondere physische Veranlagung bei der Heranziehung von Arbeiterinnen für bestimmte Arbeitsleistungen berücksichtigt, ein Beweis dafür, daß nicht diese es ist, die die Unternehmer zur Einstellung von Arbeiterinnen veranlaßt, sondern in der Hauptsache der erhöhte Profit, der infolge der geringeren Bezahlung, mit der sich die Arbeiterinnen abfinden, den Unternehmern winkt.

So werden z. B. im Bezirk Potsdam Frauen bei Tiefbauten und Erdtransporten beschäftigt. Im Frankfurter Bezirk mußte die Bedienung eines Dampfessels durch eine Arbeiterin als unzulässig unterlag werden. Verschiedentlich wurden Arbeiterinnen in Porzellanfabriken an den Ofen in unzulässiger Weise beschäftigt, so daß die Arbeit beanstandet werden mußte. Daß die Tätigkeit in Ziegeleien und Steinbrüchen, z. B. das Einschaueln von Lehm, das Abnehmen von nassen Steinen, das Einsetzen der nassen Ziegel in die Trockengestelle, als für den weiblichen Organismus nicht geeignet bezeichnet werden muß, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Und doch werden oftmals Frauen bei solcher Tätigkeit angestellt. Die Arbeiterinnen haben da große Lasten zu heben und müssen, sehr häufig mit solchen beschwert, über Leitern und Gerüste klettern. In Zellstofffabriken wurden ebenfalls Arbeiterinnen beschäftigt, wo sie 4 bis 10 Kilogramm schwere Holzknüppel in die nach der Hackmaschine führende Transportrinne werfen müssen. Diese Arbeit muß sehr schnell und andauernd ausgeführt werden. Nach dem Bericht des Aufsichtsbeamten für Breslau sind ihr nur außergewöhnlich starke Personen gewachsen. Selbst Männer haben dabei nicht lange ausgehalten, jedoch haben Frauen sogar im schwangeren Zustande diese Arbeit geleistet. Der Zustand wird dabei nach Möglichkeit zu verbessern gesucht, um nur ja keinen Ausfall am Verdienst zu erleiden.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten müssen aber auch diesmal eine große Anzahl Uebertretungen in bezug auf Innehaltung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen konstatieren. Obenan stehen wieder die Betriebe der Kleider- und WäscheKonfektion. Nichtbeachtung des gesetzlichen Feierabends namentlich an Vorabenden von Festen gehört in diesen Betrieben nicht zu den Seltenheiten. Auch in Fußgeschäften werden die jungen Mädchen häufig in unverantwortlicher Weise beschäftigt. Nach den Angaben des Beamten für den Bezirk Breslau mußten dort in einem Geschäft die Arbeiterinnen 10 Wochen hindurch von morgens 7 bis nachts 12 oder 1 Uhr, auch wohl bis um 4 Uhr morgens tätig sein. Längere Pausen, als zum Einnehmen des Essens nötig waren, wurden nicht gewährt. Die Geschäftsinhaberin erhielt 100 Mk. Geldstrafe, die aber in der Revisionssinstanz auf 50 Mk. ermäßigt wurde. Die Direktrice eines Konfektionsgeschäftes wurde zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie 2 Arbeiterinnen 2 Nächte hindurch beschäftigt hatte.

In ähnlicher Weise, täglich 13½ Stunden und noch länger, bis 1 oder 2 Uhr nachts, wurden Schuhmacherinnen des Arnstädter Bezirks — sogar 2 jugendliche waren darunter — beschäftigt. Der Geschäftsinhaber, die schon früher schriftlich auf die Innehaltung der Vorschriften hingewiesen worden war, wurde eine Strafe von 15 Mk. auferlegt.

Die Strafen sind auch bei diesen Uebertretungen, ebenso wie bei denen gegen den Kinder- und Jugendschutz, so niedrig bemessen, daß sie durchaus nicht abschreckend wirken. Auch in der Beachtung der Vorschriften für Arbeiterinnen wird erst nach Erstarken der Arbeiterorganisationen eine Besserung eintreten. Daß gerade in Konfektions- und Schuhwerkstätten Uebertretungen so häufig sind, liegt wohl in der Hauptsache daran, daß sich die Arbeiterinnen nicht als solche betrachten und infolgedessen den für Arbeiterinnen erlassenen Schutzbestimmungen keine Beachtung schenken. Berichten doch die meisten Aufsichtsbeamten, daß sich diese Gruppe von Arbeiterinnen oftmals weigern, ein Arbeitsbuch zu beschaffen, eben weil sie nicht zu den Arbeiterinnen gerechnet werden wollen. Eine sonderbare Art von Stolz, wodurch die Ausbeutung

ihrer Arbeitskraft den Unternehmern ungemein erleichtert wird.

Daß neben den Verstößen gegen den gesetzlich festgelegten Maximalarbeitsstag auch solche anderer Art vorkommen, braucht bei der Milde, die die Gerichte den Unternehmern gegenüber walten lassen, nicht Wunder zu nehmen. So mußte z. B. ein Ziegeleibesitzer des Bezirks Danzig erst gezwungen werden, einen anderen Eingang für den Schlaflaß für Arbeiterinnen zu schaffen, der vorher nur durch den Schlaßraum der Männer zugänglich war. In Liegnitz waren auch in diesem Jahre 4 galizische Mädchen in einem Schlaßraum mit einem Ehepaar untergebracht, trotzdem dies schon im vorigen Jahre beanstandet worden ist. Ein Vorkommnis in einer Fischräucherei des Bezirks Schleswig beweist aber so recht die Notwendigkeit, den Schutz, den die Bestimmungen der Gewerbeordnung den Arbeiterinnen in Fabriken bieten, auch auf kleinere, ja auf alle Betriebe, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, auszudehnen. Dort wurden wiederholt Arbeiterinnen die ganze Nacht beschäftigt. Der Besitzer der Räucherei mußte freigesprochen werden, weil der Betrieb, da nur 7 Arbeiterinnen dort tätig waren, nicht zu den Fabriken, also zu den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben, gezählt werden konnte. Auch nach dem 1. Januar 1910 wird in derartigen Unternehmungen der Ausbeutung von Arbeiterinnen Tor und Tür geöffnet sein. Wenn auch nach der dann in Kraft tretenden Novelle zur Gewerbeordnung, die den vielumstrittenen Begriff „Fabrik“ nicht mehr kennt, die Schutzbestimmungen einer größeren Anzahl Arbeiterinnen zugute kommen, so ist doch auch dann Voraussetzung, daß in den Betrieben, für die die Bestimmungen gelten sollen, mindestens 10 Personen beschäftigt sein müssen. In den Kleinbetrieben, wo die Verhältnisse in der Regel am schlechtesten sind, bleiben die Arbeiterinnen nach wie vor schutzlos. Es wird auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes den Arbeiterorganisationen allein vorbehalten bleiben, wirklich durchgreifende Reformen zu schaffen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deprimierte Stimmung an der Börse. — Warenpreisindex und Getreidepreise. — Die Lentelei in der Landwirtschaft. — Der gewerbliche Beschäftigungsgrad im Mai.

Die Beurteilung, unter der das wirtschaftliche Leben infolge der Verhandlungen über die Finanzreform leidet, kommt in letzter Linie vielleicht am deutlichsten in den Börsenberichten zum Ausdruck. Von der beabsichtigten Votierungsteuer und der im Plenum des Reichstages schon angenommenen Einführung des Umsatzsteuereinzugs wird eine schwere Schädigung des Börserverkehrs in den Kreisen der Interessenten befürchtet. Die Stimmung in den Börserreisen wird als deprimiert bezeichnet, und es wird behauptet, daß schon angesichts der drohenden Gefahr die Aktionisten des Börserpublikums gelitten habe. Leider sind die Umsätze an den deutschen Börsen statistisch noch nicht erfassbar, obwohl schon längst die Forderung erhoben wird, neben den Preisen auch die Umsätze der gehandelten Effekten zu ermitteln. Eine Nachprüfung, inwiefern der Verkehr in letzter Zeit abgenommen hat, ist also nicht möglich. Nur auf zweierlei sei verwiesen: eine Abnahme der Umsätze im Börserverkehr pflegt im Sommer fast regelmäßig einzutreten, schon weil ein Teil der ständigen Börserbesucher ihre Tätigkeit an der Börse während der heißen Jahreszeit unterbricht oder stark reduziert. Sodann aber hat neben den Abschwächungen auf zahlreichen Marktgebieten auf anderen Spezialgebieten doch noch ein sehr lebhafter Verkehr bestanden, der manche Abschwächung auf anderen Märkten wieder ausglüht. Das lehrt ein Blick auf unseren jungen Kolonialmarkt, der auf Kosten der naiven Kapitalisten seine Kinderkrankheiten durchzumachen hat. In der letzten Woche stiegen die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika an einem Tage von 1425 auf 1950. Das heißt: für 100 Mark Nennwert zahlte der Käufer am 17. Juni 1910 Mk. Und warum diese weitere exzessive Preissteigerung, obwohl der Kurs schon hoch genug stand? Weil gerüchweise verlautete, daß 100 Kilometer von Lüderichbucht entfernt ein neues ergebliches Diamantfeld aufgefunden worden sei. Das genügt, um den Appetit zum Verdienen zu reizen. Obwohl in der ersten Handelspresse vor den Uebertreibungen wiederholt gewarnt wurde, ist ein gewisser Teil des

Publikums unbelehrbar und läßt sich gedulbig das Jell über die Ohren ziehen. Wenn wir nun auch die Behauptung, daß die Umsätze der Börse unter dem Einfluß der drohenden Steuern zurückgegangen seien, nicht nachprüfen können, so steht doch soviel fest, daß das Kursniveau in den letzten Wochen eine Abschwächung erfahren hat. Stellte sich für die an der Berliner Börse gehandelten Ultimopapiere der Durchschnittskurs am 10. Juni auf 116,20, so ging er bis zum 17. auf 115,95 und bis zum 23. auf 115,76 zurück. Die festverzinslichen Werte allein sanken vom 10. bis 20. Juni von 99,11 auf 99,03, die Dividendenwerte von 143,22 auf 143,13. Vor allem hat der Kurs der deutschen Staatsanleihen gelitten.

Vom Standpunkte des Arbeitsmarktes ist eine rasche Hebung des Kursniveaus durchaus nicht wünschenswert, namentlich sofern von ihr das in der Industrie arbeitende dividendenberechtigte Kapital betroffen wird. Hohe Kurse beeinflussen die Dividendenpolitik in einer den Anteil der Arbeit schmälern Weise. Sie wirken auf den Geldmarkt preissteigernd zurück und lassen das Preisniveau am Warenmarkt nicht unberührt. Für die wirtschaftliche Erholung ist aber noch immer Bedingung, daß der Konsum wieder aufnahmefähiger wird. Steigende Warenpreise würden die Ausdehnung des Konsums hemmen. Infolge des hohen Preisstandes für Brotgetreide im Mai hat aber das Niveau der Warenpreise im Großhandel eine unerfreuliche Erhöhung erfahren, die auf jeden Fall konjunkturend wirksam war, wenn sie sich auch auf den Detailverkehr übertrug. Man mißt das Niveau der Warenpreise noch sehr häufig, indem man das arithmetische Mittel aus einer Anzahl Einheitspreisen zieht. Diese Methode ist aber durchaus unwissenschaftlich. Denn es ist ganz klar, daß der Preis einer Ware umso stärker ins Gewicht fällt, je größer ihr Konsum ist und je höher der Einheitswert. Will man die Einwirkung sämtlicher Preisveränderungen auf den Konsum verfolgen, so muß man den Preis jeder Ware im Verhältnis ihres Verbrauchs berücksichtigen. Berechnet man in solcher Weise den monatlichen Warenpreisindex für 17 der im Volkshaushalt wichtigsten Waren, so ergibt sich, daß die Kosten einer Konjunktur im Großhandel von 5895,80 Mk. im April auf 5962,39 im Mai stiegen. Diese Bewegung verliert etwas von ihrer Schärfe, wenn man erwägt, daß im Vorjahr die Mai-Steigerung noch erheblicher war. Aber unerfreulich bleibt es doch, daß der Warenpreisindex im Mai dieses Jahres nur noch wenig unter dem Niveau des Vorjahres steht. Die Mai-Steigerung ist aber fast ausschließlich auf das Konto des Weizenpreises zu setzen; denn während der Anteil des Weizens an einer Konjunktur im April erst 797,89 Mk. kostete, stellte sich der Preis im Mai auf 853,06 Mk. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß neuerdings die Weizenpreise etwas zurückgehen; die Rücksicht auf die noch vorhandenen Vorräte und auf die kommende Ernte zwingt endlich zu einer Umkehr der Hauffebewegung. Es hat lange genug gedauert, bis die Abnormität der diesjährigen Preisbewegung auf dem Getreidemarkt erkannt war. Noch der letzte amtliche Saatensandbericht für Deutschland mußte den Preissteigern zur Stütze ihres Lustigen, aber um so schädlicheren Baues dienen. Dabei sagen die amtlichen Berichte ungenügend, daß eine Gesamternte zu erwarten steht, die über mittel ist. Die Preise sind aber so, als ob wir mit einer unzureichenden Ernte zu rechnen hätten. Auch die Behauptung, daß die Vorräte schon mehr oder weniger erschöpft wären, stellt sich immer mehr als irrig heraus, obwohl es der privaten Handelsstatistik Monate lang hindurch gelungen ist, den Schein zu erwecken, als ob in der Tat die Vorräte bis zur neuen Ernte kaum ausreichten.

Wie erheblich noch das Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkt trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades ist, das zeigt ein Blick auf die diesjährige Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften für die nun beginnende Sockaison. Bekanntlich leidet der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt in den Jahren gewerblichen Aufschwunges unter mehr oder weniger scharfem Lentemangel. Ganz anders in diesem und dem letzten Jahre, wo zwar nach den ziffermäßigen Nachweisen die gesamte Nachfrage der Landwirtschaft im Durchschnitt des Reiches noch nicht voll, aber doch annähernd gedeckt werden kann. Auf 100 offene Stellen in der Landwirtschaft kamen im April dieses Jahres 97,07 Arbeitstunde, gegen 77,80 im Jahre 1903 und gar nur 42,42 im Jahre 1907. Freilich, dieser Durchschnitt findet sich in der Wirklichkeit nur selten. Wir haben vielmehr Gebiete, in denen das Angebot weit hinter die Nachfrage zurücktritt, während in anderen Gebieten schon ein deutliches Ueberangebot besteht. Das stärkere heimische An-

gehört von Arbeitskräften bringt es mit sich, daß die Anwerbung von ausländischen Arbeitern im laufenden Jahre geringer bleibt als sonst. Nach bemerkenswerten Erfahrungen in den Kreisen der Arbeitgeber hat sich das Arbeiten mit Ausländern keineswegs immer und überall so bewährt, wie es zum Teil angepriesen wurde. Die Frage der Billigkeit ist wie bei einer Ware, so erst recht nicht bei der Arbeitskraft unter allen Umständen maßgebend. Namentlich wird sehr stark über die häufigen Kontraktbrüche von Ausländern Klage geführt. Die statistischen Zusammenstellungen über Kontraktbrüche in landwirtschaftlichen Betrieben spiegeln indes nur die Ansichten der Arbeitgeber wieder und können, selbst wenn sie noch so zuverlässig aufgenommen sind, kein einwandfreies Bild liefern. Dazu wäre notwendig, nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die in Frage kommenden Arbeiter zu hören und vor einer unparteiischen Instanz festzustellen, durch wessen Schuld das Vertragsverhältnis gelöst wurde. In sehr vielen Fällen dürfte die Schuld namentlich die gewerksmäßigen Vermittler treffen.

Auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat der Mai insofern eine weitere Erleichterung gebracht, als die Neueinstellungen wieder stärker als in den beiden Vorjahren zugenommen haben. Die Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades hält an. Nach der Statistik der Krankenkassen hat die Zahl der Mitglieder vom 1. Mai zum 1. Juni im laufenden Jahre um 1,14 pCt. zugenommen, gegen 0,90 pCt. im Vorjahre. Die Zunahme ist nicht erheblich, aber einmal hat die Steigerung trotz der starken Zuwachsrate im April auch während des Monats Mai noch angehalten, so daß man sich zu erwägen, daß während der Sommermonate der gewerbliche Beschäftigungsgrad stets eine Neigung zur Ermattung bekundet. Bis zum Herbst ist daher an eine stärkere Zunahme der gewerblich Beschäftigten nicht zu denken. Von den verschiedenen Gewerben ist es vor allem das Baugewerbe, in dem die Arbeitslosigkeit im laufenden Frühjahr wieder ganz erheblich zugenommen hat. Wenn dies noch nicht überall erkannt ist, so liegt es daran, daß die Besserung sich nicht auf alle Gegenden und Plätze gleichmäßig erstreckt. Aber eine allgemeine Beurteilung muß die Schattenseiten gegen die Lichtseiten abwägen, und da ergibt sich zweifellos eine wesentliche Besserung der Baulätigkeit gegenüber dem Vorjahr. Das kommt auch in den Ergebnissen der Arbeitslosenabzählung zum Ausdruck, soweit sie schon für die jüngste Zeit vorliegen. Wir möchten hier nur auf die Ergebnisse der Waiabzählung hinweisen, die z. B. vom Maurerverbande schon vorliegen. Danach ist die Zahl derer, die wegen Arbeitsmangel feiern mußten, von 16,63 pCt. Ende März auf 2,30 pCt. Ende Mai gesunken. Das ist eine Abnahme, die eben nur zu erklären ist, wenn inwischen die Baulätigkeit an Umfang und Intensität wieder wesentlich gewonnen hat.

Berlin, 27. Juni 1909.
Richard Calwer.

Korrespondenzen.

Augsburg. „Sie lügen wie der Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Mit diesem Ausspruch Dr. Siegels charakterisierte in der am 3. Juli stattgefundenen gemeinsamen Versammlung der Augsburger Buchbinder und anderer Mitglieder der Gauleiter Kienle vom Buchbinderverband die arbeitgeberfeindlichen Mäxinationen des „christlich-graphischen Verbändchens.“ Unser Gauleiter Koll. Albert Schmid-München behandelte einleitend das Thema „In welchen Organisationen sind die Interessen der graphischen Arbeiter am besten gewahrt?“ Hierbei rechnete er mit dem Oberchristen Hornbach aus Köln gründlich ab, welcher hier in einer öffentlichen Versammlung der christlichen Graphen am 27. Mai referierte. In echt christlicher Manier beschimpfte dieses Kirchenlicht die freien Gewerkschaften, ganz besonders aber wurden die graphischen Verbände mit Schmutz und Kot beworfen. Große Heiterkeit erregte es, als Koll. Schmid den Ausspruch Hornbachs mitteilte, wonach ein christlich denkender Arbeiter unter keinen Umständen einer freien Gewerkschaft angehören darf, weil sonst sein Seelenheil in Gefahr kommt. In seinen 1/2stündigen Ausführungen geißelte Schmid die Heß- und Zersplitterungsstätigkeit der sogenannten christlichen Gewerkschaften in scharfen Worten. An Hand von Beispielen und Zitaten wies er nach, mit welcher Verlogenheit die „Christlichen“ operieren, um der aufstrebenden Arbeiterkraft Knäpkel zwischen die Räder zu werfen. Nur in den freien Gewerkschaften werden die Interessen des Proletariats wahrgenommen. Mit lautem Beifall dankten die Anwesenden für die klaren und überzeugenden Aus-

führungen Schmid's. Hierauf rückte Gauleiter Kienle vom Buchbinderverband die von Hornbach aufgestellten Behauptungen über die Kadener Bewegung ins rechte Licht und erbrachte den Beweis, daß im christlichen Lager stets nur mit Lügen operiert wird. Auf die Einladung, die an die Christlichen erging, erschien ein kleines Häuflein und auf Aufforderung ergriff auch Herr Ziegler das Wort. In seinen 1/2stündigen Ausführungen wurde er nicht im geringsten unterbrochen und konnte die allgemein bekannten M. Glöblicher Sprüche nach Herzenslust herunter leiern. U. a. wollte er feststellen, daß die Christlichen in dem gleichen Klassenkampf stehen wie die freien Gewerkschaften. Wir könnten ganz gut mit vereinten Kräften kämpfen, wenn der Terrorismus der Roten etwas eingebümt würde und diese auch eine andere Weltanschauung besitzen würden. In seinen ganzen Ausführungen ging er auf den Kern der Sache nicht ein, sondern beanugte sich wie die Rahe um den heißen Brei herum zu gehen. Von mehreren Diskussionsrednern wurden die geistreichen Ausführungen Ziegler's gründlich widerlegt, was manche Heiterkeit erregte. Ziegler konnte es nicht unterlassen, sich durch hitere Zwischenrufe bemerkbar zu machen. Gauleiter Schmid nahm in seinem fernigen Schlusswort die Christlichen nochmals scharf unter die Lupe und erteilte auch Ziegler die gebührende Antwort, wonach die imposant verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Mannheim-Ludwigshafen. Am 6. Juli tagte im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung, in welcher die Druckerinnen General-Anzeiger, Volksstimme, Benschheimer und May vertreten waren. Da wir vor einer Tarifrevision stehen, weil unsere Prinzipalität den § 9 der Allgemeinen Bestimmungen unter keinen Umständen anerkennen will — ebenjo ergeht es unserem Arbeitsnachweis — so bebar es einer aufgklärten und geschlossenen Kollegenchaft, um alle diese Mängel zu beseitigen, daher wäre besserer Besuch erwünscht. Verschiedene Druckerinnen, die in letzter Zeit dem Verbande den Rücken gefehrt haben, sind erfreulicherweise wieder anderen Sinnes geworden. Auch die am 24. Juni stattgefundene Sitzung der Vorstände der graphischen Verbände, in welcher Gauleiter Kollege Raß-Frankfurt anwesend war, dürfte sehr zur Agitation und Aufklärung unter der hiesigen Kollegenchaft dienen. Die vorgenommene Erziehung zur Disziplinierung ergab: Kollege August Ziegler als 1. Vorsitzender, Frau Babette Steiner 2. Vorsitzende, Kollege Jean Höffelber 1. Schriftführer. Die übrigen Verwaltungsmitglieder bleiben ebenfalls auf ihren Posten bis zur Generalversammlung. Auch Herr Böllner hat sich bereit erklärt, bis auf weiteres mitzuarbeiten. Unter Tariflichem wurde bekannt gegeben, daß für die Schreiberbandfirma, Handelsbruderei Raß, eine Schiedsgerichtssitzung einberufen werden muß, da dort 4 Kolleginnen unter Tarif entlohnt werden und ersucht Kollege Böllner die Anwesenden, falls dort Differenzen ausbrechen, möglichst dafür Sorge zu tragen, daß niemand um Arbeit anfragt. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde genehmigt und ersuchte Herr Rispert in der Ludwigshafener Versammlung, der Kassiererin Frau Stiefel Decharge zu erteilen, da alles in bester Ordnung gefunden wurde. Ein Ausflug nach Neckarau dürfte im August stattfinden, doch soll in nächster Versammlung darüber beschlossen werden. In Ludwigshafen wird in nächster Zeit eine durchgreifende Agitation entfaltet werden, wobei uns verschiedene Buchbinder ihre Mithilfe versprochen haben, aber leider mußte ein Buchbinder wegen Agitation unter dem Hilfspersonal in der Druckerei Bauer (Ludwigshafen) seinen Abschied nehmen.

Regensburg. „Der Solidarität ins Stammbuch.“ Der Bericht der Zahlstelle Regensburg ist der Redaktion der „Graph. Stimmen“ auf die Herzen gegangen, und zwar so, daß sie gleich 2 1/2 Spalten lang nicht mehr aus der Ersttaste gerät, die sie beim Lesen dieses Berichts befallen hat. Deshalb wollen wir auch an den hier bezapften Geistesblitzen nicht den Maßstab der Kritik anlegen, den man bei einem halbwegs ernstem Gegner unbedingt anlegen müßte. Außerdem dürfte auch die bei Zeitungsredaktionen mit Eintritt der sog. sauren Gurrenzeit sich geltend machende Hundstagsphantasie für den Artikelschreiber als Mithierungsgrund geltend gemacht werden. Zur Sache selbst: Unter obiger Stichmarke fühlt sich ein verkanntes Genie des „christlich-graphischen Verbandes“ berufen, unsere Organisation in Grund und Boden hinein zu verbrennen und dafür den christlichen Verband in besto hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Gächte, rechte Spitzbubentaktik ist es, welche hier angewandt wird. Haltet den Dieb, so tönt es laut durch die Reihen hindurch, um damit zu verdecken, daß man selbst der Gesuchte ist. In perfidester Weise werden in dem betr. Artikel die

Zatsachen auf den Kopf gestellt, unliebsame Vorurteile sucht man einfach abzuleugnen, und neue Schwindeleien werden aufgeschicht, um seine geduldbigen Leser grüselig zu machen. Ein einfaches Rezept, aber etwas gar zu plump angelegt, und wie jagt doch Schiller: „Und wäre der Gedanke nicht so verflucht geachtet, man wäre versucht ihn beziglich dumm zu nennen.“ Um es nochmals zu betonen, wir halten unsere Behauptungen in dem Zahlstellenbericht voll und ganz aufrecht, für jedes Wort können wir den Wahrheitsbeweis antreten. Zur Sache selbst wollen wir uns heute nicht äußern, unsere Zahlstelle beabsichtigt nämlich im Verein mit den anderen graphischen Verbänden eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der die Bührarbeit der hiesigen Christlichen schonungslos gebrandmarkt werden soll. Öffentlich haben die Herren dann auch den Mut, uns öffentlich gegenüber zu treten. Wir sichern ihnen heute schon die weitgehendste Redefreiheit zu, nicht 10 oder 15 Minuten wie in einer christlichen Versammlung. Zu meine Herren (um in dem Sargon des betr. Artikelschreibers zu reden), hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gebissen werden. Ober ist man zu feige, offen dem Gegner gegenüber zu treten; getraut man sich nur zu schimpfen, wenn der Gegner wehrlos ist? Und nun, verehrter Artikelschreiber, grämen Sie sich nicht, wenn sie durch vorstehende Zeilen nicht auf Ihre Rechnung kommen sollten, wir haben nämlich durchaus keine Lust, auf solche Stinkbomben von Zeitungsartikeln eingehender zu reagieren. Und nun auf Wiedersehen!

Versammlungskalender.

- Breslau.** Ordentliche Generalversammlung am 26. Juli 1909 um 7 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.
- Darmstadt.** Mitgliederversammlung am Dienstag, den 27. Juli 1/27 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Kolleg I.
- Dresden.** Steinschleifer-Versammlung am Dienstag, den 20. Juli 1909 um 1/29 Uhr abends in Adams Restaurant, Kaulbachstr. 16. Tagesordnung: 1. Aussprache über Antrag des Koll. Wilschke. 2. Berufliches.
- Erfurt.** Monatsversammlung am 21. Juli 1909 um 8 1/2 Uhr abends im Tiboli, Magdeburgerstraße. Tagesordnung: Kassenbericht, Kartellbericht, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes.
- Frankfurt a. M.** Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20. Juli 1909 um 7 1/2 Uhr abends im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung wird durch Handzettel bekannt gegeben.
- Hannover.** Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20. Juli 1909 um 8 1/2 Uhr abends im Ballhof (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Unser Sommerfest. 3. Verschiedenes.
- Stuttgart.** Mitgliederversammlung am Montag, den 19. Juli 1909 um 6 1/2 Uhr abends im Gewerkschaftshaus (Sängersaal). Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Lessings Leben und Wirken. Vortrag verbunden mit Regitation aus Lessings Werken. 3. Verschiedenes.

Adressenveränderungen.

Heilbronn a. N.
Vorsitzender: L. Kleintnecht, Eberhardstraße 2 II.
Kassierer: Oskar Dellinger, Werderstraße 108 I.

Abrechnung.

Das 2. Quartal haben bisher abgerechnet:
Breslau — Mt., Dortmund 50,60 Mt., Freiburg i. B. 22,68 Mt., Heilbronn 59,63 Mt., Hildesheim 18,73 Mt., Stettin 275,65 Mt., Bittau 86,15 Mt.

Briefkasten.

Gera, Heilbronn und Stuttgart. Die Einsender der verschiedenen Anzeigen haben sich wohl inzwischen überzeugt, daß die Aufnahme unterbleiben muß

Am 8. Juli verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied der Schleifer
Alvix Schmidt
im Alter von 53 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle Nürnberg-Kürsch.

